

Da wär's nur noch eine

Hätte der Wahlrechtsreformvorschlag der Ampel bereits bei der vergangenen Bundestagswahl Anwendung gefunden, wäre das Parlament heute deutlich kleiner. Die Vertretung der Region in Berlin auch. Statt vier Abgeordneten würde nur noch eine die Fahne für Pforzheim und den Enzkreis hochhalten. Was würde das bedeuten – und wie gehen die Betroffenen damit um?

VON LISA SCHARF | PFORZHEIM/BERLIN



Was Gunter Krichbaum tun würde, wenn er nicht mehr im Bundestag säße? „Langweilig würde es mir sicherlich nicht“, sagt er. Konkreter wird er aber nicht. Und so richtig vorstellen kann man sich das auch nicht, Krichbaum als etwas anderes als Abgeordneter. Sechsmal hat der CDU-Mann das Direktmandat für Pforzheim/Enzkreis geholt. Und doch steht sein Name nun auf der Liste.

Die Liste, das ist eine Übersicht in einem Artikel von „Zeit Online“. Überschrift: „Wer heute nicht im Bundestag säße“. Grundlage ist eine Berechnung: Wenn der Vorschlag der Ampelregierung für eine Verkleinerung des Bundestags bei der Wahl 2021 schon gegolten hätte – wer wäre dann nicht ins Parlament gekommen? Neben Krichbaum stehen da noch 137 weitere Namen. Darunter die von Stephanie Aeffner (Grüne) und Rainer Semet (FDP). Zwei weitere der Pforzheimer Abgeordneten. Nur ein Name taucht nicht auf: Katja Mast.

Die einzige Stimme der Region im Bundestag: Was macht diese Vorstellung mit der SPD-Frau? Mast antwortet ausweichend. „Jede Bundestagswahl steht für sich“, sagt sie. Berechnungen wie die der „Zeit“ seien zwar hilfreich, aber dennoch mit Vorsicht zu genießen. „Ich hatte letzte Wahl einen sehr guten Listenplatz der SPD, ob das nächstes mal wieder so ist, wird erst vor der nächsten Wahl entschieden“, sagt sie. Und überhaupt: Man habe den Auftrag, zu einem einfachen, gerechten Wahlrecht zu kommen und den Bundestag endlich zu verkleinern. Eine Mammutaufgabe.

Denn dass das Parlament schrumpfen muss, ist klar. 736 Abgeordnete tummeln sich durch Überhang- und Ausgleichsmandate mittlerweile im Bundestag. Ein größeres Haus leistet sich nur China. Also wird eine Schrumpfkur angestrebt, auf die eigentlich vorgesehenen 598 Vertreterinnen und Vertreter. Das heißt auch, dass jede Partei Federn lassen muss. Und genau da liegt das Problem: Wer verabschiedet schon gerne eine Reform, die einem am Ende womöglich selbst schadet?

Stephanie Aeffner und Rainer Semet nehmen's sachlich. Ein Mandat sei eben eine Aufgabe auf Zeit, betonen beide. Egal ob mit oder ohne Wahlrechtsreform. „Natürlich wäre es sehr schade, wenn ich mein Mandat verliere“, sagt Aeffner. Als Abgeordnete gelte es aber auch, Entscheidungen zu treffen, „die persönlich wehtun können“.

Beide stehen hinter dem Reformvorschlag der Bundesregierung. Demzufolge würde ein Direktkandidat nicht mehr automatisch einen Sitz in Berlin bekommen – sondern nur, wenn das Mandat durch das Zweitstimmenergebnis (die dann „Hauptstimme“ heißen soll) der Partei gedeckt ist. „Ich halte das glattweg für verfassungswidrig“, sagt Krichbaum zur Vorstellung, direkt gewählte Abgeordnete würden ihren Sitz verlieren. „Dann wären die Gewinner die Verlierer und die Verlierer die Gewinner.“ Die Union hat bereits mit einer Klage vor dem Verfassungsgericht gedroht – und eigene Vorschläge eingebracht. Demnach sollen unter anderem die Wahlkreise reduziert und ein Teil der Überhangmandate nicht mehr ausgeglichen werden – was Experteneinschätzungen zufolge vor allem Union und SPD bevorzugen würde, was wiederum SPD, Grüne und FDP kritisieren.



Einzig Katja Mast (SPD) hätte die Reform nicht betroffen. ARCHIVFOTO: BERND VON JUTRCZENKA/DPA



Direkt gewählt – und kein Mandat? Undenkbar für Gunther Krichbaum (CDU). ARCHIVFOTO: MEYER/PZ



Für Rainer Semet (FDP) wäre der Einzug ins Parlament ausgefallen. ARCHIVFOTO: MORITZ/PZ



Auch Stephanie Aeffner (Grüne) säße heute nicht im Bundestag. ARCHIVFOTO: MORITZ/PZ

Kein Wunder also, dass die Fronten zunehmend verhärtet sind. Semet etwa sieht die Union nach „populistischen Aussagen“ von CDU-Chef Friedrich Merz derzeit auf dem Weg in die Rolle als Fundamentalopposition. Schon als Regierungspartei sei die Union nicht zu einem Kompromiss bereit gewesen, sie fürchte um ihre Posten und sei deshalb nicht konstruktiv. Auch Aeffner kann hier „kein Umdenken“ erkennen, Mast findet es „zumindest sehr bemerkenswert“, dass die Union noch nicht mal einen Gesetzesentwurf vorgelegt habe. Und Krichbaum wähnt einen „Systemwechsel“, sollte der

Vorschlag der Ampel durchgehen. All das klingt sehr nach dem, was man derzeit häufig hört aus Berlin: Mit einem Kompromiss wird's schwierig. Auch wenn alle Seiten stets betonen, genau darauf hinzuarbeiten. Fünf Wahlkreise wären den Berechnungen der „Zeit“ zufolge überhaupt nicht im Bundestag vertreten, darunter in Baden-Württemberg der Wahlkreis Bruchsal-Schwetzingen. 30 weitere wären zwar vertreten, hätten aber keinen direkten Abgeordneten – wie auch Pforzheim/Enzkreis. Und egal, wer letztlich übrig bliebe oder wie die Konstellation zustande käme: Dass eine Region durch eine statt vier Abgeordnete vertreten wird, schwächt sie doch automatisch – oder nicht?

„Es macht in Berlin einen großen Unterschied, ob eine Region von nur einem Abgeordneten vertreten wird oder ob sie in mehreren Parteien Fürsprecher hat“, sagt Krichbaum etwa. Auch Semet meint: „Der Einfluss der Region, die Sichtbarkeit des Parlaments und die Volksnähe würden darunter leiden. Grundsätzlich stelle ich fest, dass weniger nicht immer mehr ist.“ Nicht selten arbeiteten die Abgeordneten 70 Stunden in der Woche und setzten sich für die Belange der Menschen ein. „Weniger Abgeordnete im Parlament würde auch bedeuten, dass viele wichtige Punkte der Bevölkerung nicht mehr in der gleichen Intensität bearbeitet werden könnten. Ich bin mir nicht sicher, ob das eine positive Entwicklung in einer vielschichtigen Welt ist.“

Einzig Stephanie Aeffner sieht das anders. Zwar lobt sie den regelmäßigen Austausch mit den Menschen vor Ort als „unschätzbaren Wert“ für ihre Arbeit. „Die Sorge, dass die Belange der Region in Berlin mit der neuen Wahlrechtsreform weniger Gehör finden, halte ich jedoch für unbegründet.“ Schließlich wären Pforzheim und der Enzkreis noch immer vertreten. Und ohnehin seien sie als Abgeordnete allen Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet. Katja Mast gibt keine klare Antwort auf die Frage.

Wenn also 2025 die nächste Wahl ansteht und es womöglich nicht mehr für Berlin reicht – was dann? „Ich werde mehr Zeit für meine Familie haben, in den wohlverdienten Ruhestand gehen und weiterhin vor Ort für meine politischen Überzeugungen eintreten“, sagt Semet.

„Ich bin vor meiner Wahl zur Abgeordneten beruflichen Tätigkeiten nachgegangen, die nicht nur Broterwerb, sondern wirklicher Beruf waren“, meint Aeffner. „Das galt für meine Arbeit als Sozialarbeiterin und Qualitätsmanagerin genauso wie für meine Tätigkeiten in einem Verband, der die Interessen von Menschen mit Behinderungen gegenüber der Politik vertreten hat. Politik fängt nicht bei einem Mandat an. Ob im Hauptberuf oder ehrenamtlich – ich werde immer ein politischer Mensch bleiben.“

Mast hält es schlicht: „Was nach dem Mandat kommt, wird sich zeigen.“

„Wir machen das jetzt“

Bei der geplanten Reform des Wahlrechts gibt es keine Annäherung zwischen Ampel und Union. Politiker von SPD, Grünen und FDP warfen der Union am Freitag während der ersten Beratung im Plenum dazu vor, ihr Vorschlag sei zu kompliziert. Auch sei er nicht geeignet, eine substantielle Reduzierung der Zahl der Abgeordneten zu gewährleisten. Konstantin Kuhle (FDP) pries den Ampel-Vorschlag, den er zusammen mit Politikern von SPD und Grünen vorgelegt hatte, als Maßnahme gegen das Berufspolitikertum. Er sagte an die Adresse der CDU/CSU: „Lassen Sie uns dieses Gespräch weiterführen.“ Auch der Unionsvorschlag enthalte trotz genereller Schwächen „einige sehr gute Punkte“. „Wir wollen unser Gesetz Anfang März beschließen und hoffen auf eine breite parlamentarische Mehrheit“, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sebastian Hartmann. Till Steffen (Grüne) versicherte, man werde sich von der Union nicht aufhalten lassen: „Wir machen das jetzt.“

Michael Frieser (CSU) sagte, die Ampel-Fraktionen könnten gar nicht garantieren, dass nach ihrem Konzept nicht mehr als 598 Abgeordnete einen Sitz erhielten. Aus der Ampel war in der Debatte mehrfach zu hören, vor allem die CSU stehe aus Eigeninteresse einer echten Reform seit Jahren im Weg. dpa

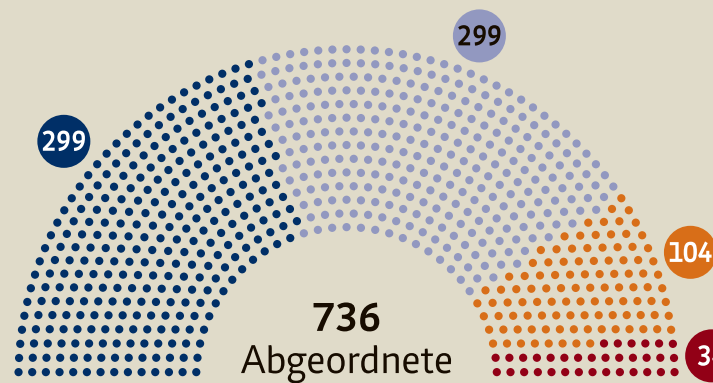
Keine Veränderungen im Kreis Calw

Wäre die Bundestagswahl 2021 schon gemäß der geplanten Wahlrechtsreform der Ampel abgelaufen, wäre der Kreis Calw in Berlin von zwei Abgeordneten vertreten: Klaus Mack (CDU) und Saskia Esken (SPD) – so, wie es auch jetzt der Fall ist. Damit wäre Calw – anders als Pforzheim – auch weiterhin durch einen direkten Abgeordneten vertreten. lff

Die Größe des Bundestages

Der Deutsche Bundestag hat eigentlich 598 Sitze. Durch Überhang- und Ausgleichsmandate erhöht sich im aktuellen Bundestag die Zahl auf 736 Abgeordnete. So ist die Zusammensetzung:

- Direktmandate
- Ausgleichsmandate
- reguläre Listenplätze
- Überhangmandate



QUELLE: BUNDESWAHLLEITER



Deutschlands Parlament wächst und wächst – damit soll bald Schluss sein. ARCHIVFOTO: MICHAEL KAPPELER/DPA